

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 15.03.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 18:34 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ute Haupt	Die LINKE – Ausschussvorsitzende
Herr Dr. Erwin Bartsch	DIE LINKE
Herr Dr. Mohamed Yousif	DIE LINKE
Herr Roland Hildebrandt	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Andreas Schachtschneider	CDU
Herr Robert Bonan	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Frau Dr. Jeanette Drygalla	SKE
Herr Manfred Czock	SKE
Frau Petra Thomczyk-Radji	SKE
Frau Annette Wunderlich	SKE
Frau Brigitte Thieme	SKE
Herr Mamad Mohamad	SKE

Herr Norwin Dorn	Seniorenrat
Herr Sven Weise	LIGA

Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Dr. Bernd Wiegand	Beigeordneter
Herr Hans-Günter Schneller	Amtsleiter Sozialamt
Frau Annerose Winter	Ressortleiterin Sozialamt
Frau Andrea Simon	Führungsunterstützer SGB II Dezernat IV
Frau Dr. Uta Schwarzer	amt. Amtsleiterin Gesundheitsamt
Herr Uwe Wätzel	Controller Dezernat IV
Frau Susanne Wildner	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Sylke Bühler	Projektmanagerin Gesundheitsamt
Herr Dr. Fischer	Behindertenbeauftragter
Frau Riethmüller	Seniorenbeauftragte
Frau Schneutzer	Beauftragte für Integration und Migration
Herr Kräupziger	

Entschuldigt fehlen:

Herr Raik Müller	CDU – vertreten durch Frau Dr. Ulrike Wünscher
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität
Frau Ute Borchert	SKE
Herr Christian Weinert	SKE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses wurde von **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, eröffnet und geleitet. Sie stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, informierte, dass krankheitsbedingt die Niederschrift vom 16.2.2012 abgesetzt wird und ein von der CDU-Fraktion gestellter Änderungsantrag zur Untersetzung der Mittelreduzierung 6 vorliegt.

Des Weiteren liegen heute zwei Dringlichkeitsanträge von **Frau Wildner, Gleichstellungsbeauftragte der Stadt Halle (Saale)**, sowie von **Frau Krausbeck, Fraktion Bündnis90/Die Grünen**, vor.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung, ob vorliegende Dringlichkeitsanträge in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Abstimmungsergebnis zum Dringlichkeitsantrag von Frau Wildner zur Umsetzung der Mittelreduzierung (V2012/10205):

**abgelehnt
7 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme**

Frau Ute Haupt gab vor der Abstimmung das Wort an **Frau Krausbeck, Fraktion Bündnis90/Die Grünen** zur Begründung der Dringlichkeit. **Frau Krausbeck** informierte, dass Landesmittel zur Verfügung stehen, jedoch diese nur mit vorzeitigem Maßnahmebeginn abgerufen werden können.

Frau Ute Haupt bat zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis zum Dringlichkeitsantrag von Frau Krausbeck zur Bewilligung vorzeitiger Maßnahmenbeginne von Institutionen und Projekten im Bereich Gleichstellung von Frauen und Männern (V2012/10456):

**abgelehnt
7 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, stellte **Herrn Kräupziger** als heutigen Protokollführer vor und bat zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es folgte die Abstimmung zur Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis zur geänderten Tagesordnung: **zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 05.01. 2012
4. Beschlussvorlagen
 - 4.1. Einbringung doppischer Haushalt 2012
Vorlage: V/2011/10306
 - 4.1.1. Untersetzung der Mittelreduzierung 4
Vorlage: V/2012/10398
 - 4.1.2. Untersetzung der Mittelreduzierung 5
Vorlage: V/2012/10405
 - 4.1.3. Untersetzung der Mittelreduzierung 6
Vorlage: V/2012/10406
 - 4.1.3.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Untersetzung der Mittelreduzierung 6 (V/2012/10406)
Vorlage: V/2012/10556
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Stadträten
7. Mitteilungen
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 05.01. 2012

Die Niederschrift vom 05.01.2012 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

zu 4 Beschlussvorlagen

zu 4.1 Einbringung doppischer Haushalt 2012 Vorlage: V/2011/10306

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – NEUES FORUM, wollte zu Beginn der Debatte noch etwas Grundsätzliches anmerken. Sie bat zu Beginn darum, dass wenigstens zwei Tage vorher die Unterlagen vorliegen.

Herr Dr. Bernd Wiegand, Beigeordneter des Dezernates Sicherheit und Gesundheit, bat die anwesenden Stadträte und Fraktionen um Fragen zum Haushalt Gesundheit.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – NEUES FORUM, wollte wissen, wo die Katzenkastrationen im Haushaltsplan veranschlagt sind?

Im Produkt „Tierschutz, Tierseuchenbekämpfung“ Seite 400 Haushalt 2012 würden die Mittel für Katzenkastrationen einzustellen sein. In diesem Jahr wurden sie jedoch nicht

eingepplant, betonte **Herr Dr. Bernd Wiegand, Beigeordneter des Dezernates Sicherheit und Gesundheit**.

Frau Sabine Wolff, Fraktion MitBürger für Halle – NEUES FORUM, fragte nach, ob Haushaltsmittel nicht in 2012 geplant werden sollten?

Laut **Herrn Dr. Bernd Wiegand, Beigeordneter des Dezernates Sicherheit und Gesundheit**, werden Mittel, sofern die Notwendigkeit besteht, als überplanmäßige Ausgabe eingestellt.

Herr Manfred Czock, sachkundiger Einwohner der CDU-Fraktion, fragte, warum Stellen aus der Entgeltgruppe 8 zwei oder drei Stellen tiefer eingeordnet worden sind?

Frau Dr. Uta Schwarzer, amtierende Amtsleiterin vom Gesundheitsamt, sagte, dass diese Konstellation mit der Überleitung BAT zum heutigen TVöD zusammenhängt. Es fanden in jedem Fall keine Abstufungen statt. Weitere Erörterungen können in diesem Rahmen nicht erfolgen.

Es lagen weiter keine Fragen vor.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung des Haushaltes „Gesundheit“.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**5 Ja-Stimmen
4 Enthaltungen**

Im Bereich des Haushaltes „Gleichstellung“ gab es folgende Änderung: Die Stelle mit der Entgeltgruppe 6 wird auf „künftig wegfallend“ gesetzt.

Herr Hildebrandt, CDU-Fraktion, teilte mit, dass über den Haushalt bereits im Finanzausschuss einstimmig abgestimmt wurde.

Der Ausschuss ist verärgert über die Tatsache und über das Kommunikationsproblem.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ist der Meinung, dass dennoch über den Haushalt „Gleichstellung“ beschlossen werden soll.

Es liegen keine Fragen zum Haushalt „Gleichstellung“ vor. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**7 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen**

Für den Haushalt „Soziales“ verwies **Frau Annerose Winter, Ressortleiterin Sozialamt**, auf das ausgeteilte Blatt zu den Änderungen, die im Plan noch korrigiert werden müssen.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ließ nun Fragen zum Thema Haushalt „Soziales“ zu.

Frau Sabine Wolff, Fraktion Mit Bürger für Halle - NEUES FORUM, wollte wissen, warum es im Produkt Kranken- und Pflegeversicherung ein Wachstum von 100.000 Euro gab und

wie dies im Jahr 2011 geregelt war? Des Weiteren fragte sie nach, warum Kürzungen in den Leistungsangeboten Sucht- und Schuldnerberatung vorgenommen wurden.

Frau Annerose Winter, Ressortleiterin Sozialamt, gab bekannt, dass die Beiträge zur Krankenversicherung vorher im Unterabschnitt 4100 zu finden waren und nun separat ausgewiesen wurden. Im Vergleich zu 2011 wurden keine Kürzungen vorgenommen.

Es gab keine weiteren Fragen zum Haushalt „Soziales“. [Näheres zur Abstimmung finden Sie unter dem Punkt 4.1 - Beschlussvorlagen]

Zu den Abstimmungen für den zustimmungspflichtigen Teil der Investitionen und der Haushaltskonsolidierung gab es keine weiteren Fragen, es erfolgte direkt die Abstimmung.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung über die Investitionen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**8 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung über die Haushaltskonsolidierung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**7 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung über den gesamten doppelhaushalt 2012 einschließlich der Änderungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**5 Ja-Stimmen
5 Enthaltungen**

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**5 Ja-Stimmen
5 Enthaltungen**

Einzelabstimmung zu HH-Plan Investitionen

**8 Ja-Stimmen
2 Enthaltungen**

Einzelabstimmung zu HH-Plan HH-Konsolidierung

**7 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen**

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Der Ergebnisplan 2012 einschließlich des Vorschlages zur Mittelreduzierung (Anlage 2) sowie die Investitionsprioritätenliste der Investitionsvorhaben 2012 - 2017 (Anlage 1) werden zur Beratung in die Fachausschüsse verwiesen.

Damit ist sichergestellt, dass das Zieldefizit von -9,0 Mio. EUR für 2012 (vgl. genehmigter Haushalt 2010) erreicht wird und der Haushalt 2012 genehmigungsfähig ist.

2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2010 zur Kenntnis.
-

Anmerkung:

Die Änderungen ergeben sich aus

1. Untersetzung der Mittelreduzierung 4 – BV V/2012/10398
2. Untersetzung der Mittelreduzierung 6 – BV V/2012/10406 sowie
2.1. Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Untersetzung der Mittelreduzierung 6 – BV V/2012/10556

zu 4.1.1 Untersetzung der Mittelreduzierung 4 Vorlage: V/2012/10398

Zur Beschlussvorlage Untersetzung der Mittelreduzierung 4 ließ **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, nun Anfragen zu.

Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion Bündnis90/Die Grünen, wollte konkret wissen, über was ist bei der Mittelreduzierung Nr. 4 abzustimmen.

Frau Annerose Winter, Ressortleiterin Sozialamt, erläuterte, es geht um die Mittelreduzierung um 100.000 Euro.

Für **Herrn Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion**, ist dennoch unklar, wieso die 100.000 Euro und nicht die 130.000 Euro beschlossen werden sollen.

Es werden derzeit noch Verhandlungen mit Trägern geführt, um hier reagieren zu können, sind die 30.000 Euro vorgesehen, antwortete **Frau Annerose Winter, Ressortleiterin Sozialamt**.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, wollte zudem wissen, ob die Volkssolidarität die Mittel selbst verteilen kann.

Laut **Frau Annerose Winter, Ressortleiterin Sozialamt**, sei der Antrag objektbezogen und wird entsprechend bewilligt.

Herr Roland Hildebrandt, CDU-Fraktion, regte an, ob es nicht Kürzungen im Bereich Seniorenbeauftragten und Seniorenberatungsstelle durch Synergien zwischen den Stellen geben könnte.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, gab das Wort an **Frau Kerstin Riethmüller, Seniorenbeauftragte der Stadt Halle (Saale),** die Näheres dazu erläutern sollte.

Frau Kerstin Riethmüller, Seniorenbeauftragte der Stadt Halle (Saale), betonte, dass durch die immer weiter ansteigende Anzahl bei den über 50- bis 60jährigen Menschen hoher Bedarf an Beratung bestünde. Die Stellen werden somit vollends benötigt. Die Seniorenberatung im Bürgerbüro findet lediglich neben der eigentlichen Beratung der Bürger statt; eine Kürzung sei hier nicht möglich.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, ergänzte, es sei wichtig eine möglichst große Gruppe der Betroffenen zu begleiten und in ihrem Leben zu lenken.

Es lagen keine weiteren Fragen vor.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

**6 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
1 Enthaltung**

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Untersetzung der Mittelreduzierung, wie in der Anlage aufgeführt, im Produkt – Hilfen zur Überwindung sozialer Schwierigkeiten - zu.

**zu 4.1.2 Untersetzung der Mittelreduzierung 5
Vorlage: V/2012/10405**

Frau Sabine Wolff, Fraktion Mit Bürger für Halle - NEUES FORUM, sei unklar, wieso wir uns auf einen Träger fokussieren. **Herr Andreas Schachtschneider** empfindet das Vorgehen als Ungleichbehandlung anderen Trägern gegenüber.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, gab zu verstehen, dass wir zwei Projekte haben, die wir abstimmen müssen. Dies hat verschiedene Gründe, unter anderem der Mietvertrag mit dem ZGM.

Herr Roland Hildebrandt, CDU-Fraktion, sprach das als Tischvorlage ausgelegte Ergebnisprotokoll vom 22.10.2010 zwischen der Stadt Halle und dem Träger der Schöpfkelle (SKV) an. Darin ist vereinbart, dass bis zum Sommer 2011 der Träger ein Langfristkonzept vorlegt, wie es mit der Einrichtung weitergehen soll und ob der Träger ein langfristiges Interesse am Erhalt hat.

Frau Annerose Winter, Ressortleiterin Sozialamt, ergänzte, dass ein Konzept des Trägers der Schöpfkelle vorgelegt werden sollte, dies ist bisher nicht erfolgt.

Herr Sven Weise, Vorsitzender der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in der Stadt Halle, bat um das Rederecht.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, ließ abstimmen.

Abstimmungsergebnis: **Rederecht erteilt**

Herr Sven Weise, Vorsitzender der LIGA der freien Wohlfahrtspflege in der Stadt Halle, bat die Anwesenden des Ausschusses darum, nicht abzustimmen, da gegebenenfalls Mittel vorliegen, die der Stadt sonst verloren gehen könnten.

Es lagen keine weiteren Fragen vor.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**

2 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Untersetzung der Mittelreduzierung, wie in der Anlage aufgeführt, im Produkt – Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege: laufende Zuwendungen – zu.

zu 4.1.3 Untersetzung der Mittelreduzierung 6
Vorlage: V/2012/10406

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

5 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Geänderter Beschlussvorschlag:

2. Die Stadtverwaltung gewährleistet weiterhin den gegenwärtigen ermäßigten Eintritt.

zu 4.1.3.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion zur Untersetzung der Mittelreduzierung 6 (V/2012/10406)
Vorlage: V/2012/10556

Gelöscht: <#>Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Streichung der Zuschüsse für Kultureinrichtungen und der Zoo GmbH, im Produkt – Sonstige soziale Angelegenheiten – zu. ¶

Frau Hanna Haupt, Fraktion SPD, bittet zunächst um Änderung in der Begründung der Beschlussvorlage (V/2012/10406) von „Halle-Hass“- in „Halle-Pass“-Inhaber.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, fand, dass der Halle-Pass weiterhin mit gegenwärtiger Ermäßigung bestehen bleiben soll, um etwas für die Zukunft zu tun und den Kindern weiterhin die Nutzung vieler Angebote zu ermöglichen. Deshalb wurde auch der Änderungsantrag der CDU-Fraktion gestellt.

Frau Sabine Wolff, Fraktion Mit Bürger für Halle - NEUES FORUM, ist geneigt der Mittelreduzierung zuzustimmen, um diese über die Leistungen von Bildung und Teilhabe auszugleichen. Des Weiteren merkte sie an, dass erstaunlich wenige Anträge über Bildung und Teilhabe für das Konservatorium eingegangen sind.

Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II aus dem Dezernat für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung betonte, dass 10 Euro für Teilhabeleistungen übernommen werden. Sie ergänzte weiterhin, dass sich der musische Bereich noch nicht so entwickelt hat, es gibt mehr Anträge im Sportbereich.

Es sei unlogisch durch Bildung und Teilhabe 10 Euro zu unterstützen und auf der anderen Seite höhere Beiträge durch die Mittelreduzierung zu nehmen, sagte **Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion Bündnis90/Die Grünen**.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, stimmt dem zu. Durch eine Mittelreduzierung wäre die Kluft noch größer, es kämen voraussichtlich noch weniger Eintritte in die Einrichtungen (z.B. Konservatorium). **Frau Dr. Wünscher, CDU-Fraktion**, schließt sich der Meinung an.

Nach **Frau Hanna Haupt, SPD-Fraktion**, widerspricht sich der von der CDU gestellte Änderungsantrag in den Beschlusspunkten 1 und 2. **Frau Elisabeth Krausbeck** sieht dies nicht so.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, bat darum den Änderungsantrag einzeln abzustimmen. Es erfolgte kein Widerspruch der Anwesenden.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, bat zur Abstimmung.

Es erfolgte Einzelabstimmungen zu den zwei Beschlusspunkten:

Abstimmung zu Beschlusspunkt 1: einstimmig abgelehnt

10 Ja-Stimmen

Abstimmung zu Beschlusspunkt 2: mehrheitlich zugestimmt

5 Ja-Stimmen
3 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

Geänderter Beschlussvorschlag:

2. Die Stadtverwaltung gewährleistet weiterhin den gegenwärtigen ermäßigten Eintritt.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Zur Sitzung lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 6 schriftliche Anfragen von Stadträten

Zur Sitzung lagen keine schriftlichen Anfragen von Stadträten vor.

Gelöscht: <#>Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften stimmt der Streichung der Zuschüsse für Kultureinrichtungen und der Zoo GmbH, im Produkt – Sonstige soziale Angelegenheiten – zu. ¶
¶

zu 7 **Mitteilungen**

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, informierte über das Projekt „Jobchance und Jobbrücke“ von SPI. Den durch die Stadt zu erbringenden Anteil für dieses Projekt sind abhängig für andere Zahlungen z.B. Landesmittel. Es handelt sich hierbei um eine freiwillige Leistung. **Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses**, bat um Beachtung. Die Mitteilung über das Projekt geht an die Fraktionen und soll später behandelt werden.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte darüber, dass die nächste Sitzung an einem besonderen Tag (Gründonnerstag) stattfinden soll. Er bittet um Rückmeldung, wer nicht teilnehmen kann um die Beschlussfähigkeit zu gewährleisten.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, beantragte die Sitzung ausfallen zu lassen und die Themen auf die Sitzung im Mai zu verschieben.

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich zugestimmt**

5 Ja-Stimmen
4 Nein-Stimmen
1 Enthaltung

Somit findet die nächste Sitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses im Mai statt.

zu 8 **Beantwortung von mündlichen Anfragen**

Frau Sabine Wolff, Fraktion Mit Bürger für Halle - NEUES FORUM, teilte mit, dass die Verteilung der Zahnboxen an Förderschulen nicht erfolgen soll. Es soll recherchiert werden und ein Bericht dazu erfolgen.

Herr Andreas Schachtschneider, CDU-Fraktion, wollte den aktuellen Stand der Personalauswahl für die Stelle des Amtsleiters Gesundheitsamt wissen.

Frau Dr. Uta Schwarzer, amtierende Amtsleiterin vom Gesundheitsamt, sagte, dass die interne Ausschreibungsfrist am 09. März 2012 geendet hat. Nun wird das Amt für Organisation und Personalservice entscheiden.

Herr Mamad Mohamad, sachkundiger Einwohner der Fraktion DIE LINKE, berichtete über den Stand „10 Jahre Integrationsnetzwerk“. Am 29. September soll die Abschlussfeier der interkulturellen Woche stattfinden, vorgelagert gibt es ein Festzeitraum, der noch organisiert wird. Die Fraktionen sollen dabei einbezogen werden. Es werden zeitnah entsprechende Daten bekanntgegeben.

Herr Dr. Mohamed Yousif, Fraktion DIE LINKE, las in der Zeitung von Steuermehreinnahmen in Höhe von über 3 Millionen. Wie sollen diese verteilt werden und wieso gibt es dennoch eine Streichliste?

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, bestätigte die Steuermehreinnahmen. Diese sollen die Stadt Halle (Saale) entlasten. Diese Gelder werden jedoch im Finanzausschuss verteilt, da es in deren Zuständigkeit liegt. Dennoch ist die Streichliste strukturell notwendig, da langfristig geschaut werden muss.

Nach **Frau Elisabeth Krausbeck, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**, gibt es Träger, die ihre Landesmittel nicht abrufen können. Die Oberbürgermeisterin begründet die Nichtbewilligung eines vorzeitigen Maßnahmebeginnes damit, dass es sich hierbei um freiwillige Mittel handelt. **Frau Elisabeth Krausbeck** findet diese Begründung nicht stichhaltig genug und bittet um weitere Ausführung der Stadtverwaltung.

Herr Tobias Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, findet es schwierig die Ausführung der Oberbürgermeisterin zu ergänzen. Die Position ist deutlich dargelegt.

Frau Susanne Wildner, Gleichstellungsbeauftragte, bat darum, konkret im Stadtrat nachzufragen, wenn über die Antwort der Oberbürgermeisterin abgestimmt wird.

Herrn Manfred Czock, sachkundiger Einwohner der CDU-Fraktion, wurde davon berichtet, dass die Bearbeitungsdauer für Wohngeld zu lange dauern würde. Es gibt teilweise Fälle mit einer Bearbeitungszeit von bis zu einem Jahr. Er bat um Aufklärung.

Herr Hans-Günther Schneller, Amtsleiter Sozialamt, kann dies nicht bestätigen. Die Wohngeldstelle sei voll besetzt. Anträge werden mit einer Dauer von 8 Wochen bearbeitet. Es würde nur länger dauern, wenn die Unterlagen nicht vollständig sind, ergänzte er weiter.

Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II aus dem Dezernat für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, schließt sich Herrn Schneller an und fügte hinzu, dass es in entsprechenden Einzelfällen eine Rückmeldung geben soll, um die dringende Fälle zu bearbeiten.

Herr Manfred Czock, sachkundiger Einwohner der CDU-Fraktion, fragte ebenso nach den Gründen für eine lange Bearbeitungszeit bei der Beantragung von Lernförderung.

Laut **Frau Andrea Simon, Führungsunterstützer SGB II aus dem Dezernat für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung**, sind lange Bearbeitungszeiten im Bereich Lernförderung nicht bekannt, sondern vielmehr Probleme und Anfragen zu den schwierigen Zugangsvoraussetzungen. Auch hier wäre es angebracht, die Einzelfälle direkt abzustimmen, um den Sachverhalt kurzfristig klären zu können.

zu 9 Anregungen

Frau Petra Tomczyk-Radji, sachkundige Einwohnerin der CDU-Fraktion, wollte anregen, dass der Ausschuss zeitweise auch woanders als im Stadthaus stattfinden soll. Als Beispiel nannte sie das Mehrgenerationenhaus.

Frau Ute Haupt, Vorsitzende des Ausschusses, findet die Idee gut. Das Problem sei allerdings, dass es keine passenden Räumlichkeiten für einen solch großen Ausschuss gebe. Es wird geprüft, ob im Mehrgenerationenhaus geeignete Räumlichkeiten vorhanden sind.

Für die Richtigkeit:

Datum: 18.05.12

Denis Kräupziger
Protokollführer

Ute Haupt
Ausschussvorsitzende